



# Amtsblatt zur Laibacher Zeitung.

Dinstag den 16. Jänner.

## Gubernial - Verlautbarungen.

3. 46. (3)

Nr. 3220.

### C u r r e n d e.

Das k. k. Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten hat in Anerkennung des dringenden Bedürfnisses der baldigen Errichtung von Handelskammern in allen Orten der Monarchie, wo sie durch eine ausgedehntere Gewerbs- und Handelschätigkeit bedingt werden, das nachstehende provisorische Gesetz für die Errichtung von Handelskammern zu erlassen geruht, welches so lange in Kraft und Wirksamkeit zu bleiben hat, bis ein eigenes Handelskammer-Gesetz festgestellt werden wird.

### Provisorisches Gesetz

für die Errichtung von Handelskammern. — Der Ministerrath hat sich bei dem dringenden Bedürfnisse in Wien und mehreren Provinzialstädten baldigst Handelskammern in's Leben zu rufen veranlaßt gefunden, die nachstehenden Bestimmungen in Wirksamkeit treten zu lassen, welche bis zur Feststellung eines Handelskammer-Gesetzes durch den hohen Reichstag zu gelten haben. — Errichtung der Handelskammern. §. 1. Handelskammern in ihrer unmittelbaren Unterordnung unter dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten sind in allen Orten der Monarchie, wo sie durch eine ausgedehnte Gewerbs- und Handelschätigkeit bedingt werden, zu errichten. — Bestimmung derselben §. 2. Die Handelskammern, als beratende Institute, haben im Allgemeinen die Bestimmung: Wünsche und Vorschläge über alle Gewerbs- und Handelszustände in Verhandlung zu nehmen, und über erhaltene Aufforderung, oder auch ohne dieselbe, ihre Ansichten und Gutachten für die Erhaltung und Förderung des Gewerbsfleißes und des Verkehrs, zur Kenntniß der Behörden zu bringen. §. 3. Zu ihrem Wirkungskreise gehören insbesondere: a) Vorschläge zur Verbesserung der Handels- und Gewerbs-Gesetzgebung. b) Anträge über die Mittel zur Beförderung und Belebung der Gewerbe und des Handels, und zur Beseitigung der Ursachen, welche die Fortschritte in denselben hemmen. — c) Die Erstattung von Auskünften und Berichten an die Behörden über auf Handel und Industrie Bezug habende Angelegenheiten. — d) Die Verfassung von Nachweisungen über den Stand der Gesamtindustrie, und der dabei beschäftigten Personen. e) Die Mitwirkung bei der Regelung des Zolltariffes. f) Vorschläge über Ernennungen von Consuln, Handelsagenten und Consulen, so wie auch zur Errichtung von Consulaten, Börden und öffentlichen, auf Handel und Gewerbe Bezug habenden Anstalten. g) Die Erstattung von Gutachten, über Consularien und andere Auslagen für öffentliche, im Interesse der Industrie und des Handels aufgestellte Personen. h) Die Berechtigung, mittelst Correspondenz sich mit den Behörden und andern Handelskammern über Verbesserungen in Gewerbs- und Handels-Angelegenheiten in Verbindung zu setzen. i) Die Verpflichtung, spätestens im Monate März jeden Jahres einen ausführlichen Bericht über den Zustand und den Gang der Industrie und des Handels des abgelaufenen Jahres, an das Handels-Ministerium zu erstatten. §. 4. Die Handelskammern sind über neue Gesetze und Verordnungen in Gewerbs- und Handelsangelegenheiten, bevor dieselben erlassen, oder die bestehenden wesentlich abgeändert werden, um ihr Gutachten zu vernehmen. — Zahl und Eigenschaften der Mitglieder. §. 5. Jede Han-

delskammer hat mit Inbegriff des Vorsitzenden aus nicht weniger als 9 und nicht mehr als 21 Mitgliedern zu bestehen. Das Ministerium bestimmt über Antrag des Ortes, in welchen Handelskammern zu errichten sind, die Anzahl der Mitglieder. §. 6. Zum Mitgliede der Handelskammer kann Jeder in den industriellen und commerciellen Wissenschaften Bewanderte, der großjährig ist, und in dem Bezirke der Handelskammer seinen Wohnsitz hat, gewählt werden. Zwei Drittheile der Mitglieder müssen jedoch ein Gewerbe- oder Handelsgeschäft für eigene Rechnung betreiben. §. 7. Wer durch gerichtliches Erkenntniß in der Ausübung der bürgerlichen Rechte beschränkt wird, oder seinen Wohnort aus dem Bezirke, wo er wählbar ist, verlegt, hört auf, Mitglied der Handelskammer zu seyn — Berufung der Mitglieder. §. 8. Die Berufung der Mitglieder in die Handelskammern geschieht durch Wahl. §. 9. Die Mitglieder werden auf drei Jahre gewählt. Alljährig am 31. December tritt ein Drittheil durch das Loos aus. Von den bei der Errichtung der Handelskammern gewählten Mitgliedern hat ausnahmsweise das erste Drittheil nach Ablauf des zweiten Jahres auszutreten. §. 10. Die austretenden Mitglieder sind erst nach einem Jahre wieder wählbar. Ohne Grund kann Niemand die auf ihn gefallene erste Wahl ablehnen. Ob die Gründe für die Ablehnung der Wahl eine Berücksichtigung verdienen, entscheidet die Handelskammer, welche immer mit zwei Dritteln der Mitglieder als constituirt angesehen wird. §. 11. Bei der Errichtung der Handelskammer in der Haupt- und Residenzstadt Wien sind alle bei dem niederösterreich. Mercantils- und Wechselgerichte protocollirten Gewerbs- und Handelsleute wahlberechtigt; bezüglich der Provinzialstädte bleibt die Bestimmung des Wahlmodus den Gewerbs- und Handelsleuten des Bezirkes, für welchen die Handelskammer errichtet werden soll, überlassen. Der diesfällige Vorschlag ist der Bestätigung des Handelsministeriums zu unterbreiten. §. 12. Die Behörde hat die Wahl einzuleiten, und die Umlaufschreiben an die Wahlberechtigten zur Versammlung an dem bestimmten Wahltag zu erlassen. Die Wahl geschieht mittelst geschlossener Wahlzettel. Kein Wähler ist berechtigt, Andere zur Stimmgebung zu bevollmächtigen. Bei der Wahl entscheidet die relative Stimmenmehrheit. §. 13. Die Berufung neuer, an die Stelle der austretenden Mitglieder geschieht in derselben Weise, welche im §. 11. vorgezeichnet ist. — Vorlage eines Verzeichnisses der Mitglieder. §. 14. Der Wahlact und das Verzeichniß der gewählten Mitglieder der Handelskammer ist dem Minister des Handels vorzulegen. Die Namen der Gewählten sind durch die Provinzialzeitungen bekannt zu geben. — Wahl des Vorsitzenden. §. 15. Die Handelskammer wählt auf ein Jahr aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Der Vorstand der Landesregierung und jener der Municipalität sind Ehrenmitglieder der Handelskammer und haben, wenn sie in der beratenden Versammlung erscheinen, Sitz und Stimme. — Ernennung des Secretärs und Hilfspersonals. §. 16. Jede Handelskammer ernennt den zur Besorgung der Schreibgeschäfte besoldeten Secretär und das erforderliche Hilfspersonal. — Versammlungen. §. 17. Die Versammlungen der Kammer sind ordentliche und außerordentliche. Die ordentlichen Versammlungen haben wenigstens alle Monate zweimal an voraus zu bestimmenden Tagen, die außerordentlichen über Berufung des Vorsitzenden Statt zu finden. — §. 18. Um einen Beschluß fassen zu können, muß we-

nigstens die Hälfte der Mitglieder in der Versammlung anwesend seyn. Die Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit gefaßt, die Stimme des Vorsitzenden entscheidet bei Gleichheit der Stimmen. §. 19. Ueber jede Berathung ist ein Protocoll zu führen. — Geschäftsordnung §. 20. Jede Handelskammer bestimmt selbst ihre Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung, so wie jede wesentliche Aenderung derselben ist dem Ministerium des Handels vorzulegen. — Kostenaufwand. §. 21. Der erforderliche jährliche Kostenaufwand für die Handelskammern ist zu einem Drittheile von der Gemeinde, wo die Kammer besteht, zu einem Drittheile von der Provinz, und zu einem Drittheile vom Staate zu decken. §. 22. Der Vorschlag für den Kostenaufwand ist alljährlich der Genehmigung des Handels-Ministeriums vorzulegen. §. 23. Die zu bezeichnende Casse leistet auf die Anweisung der Handelskammer die Zahlungen, legt darüber Rechnungen, welche von der Handelskammer, bevor sie dem Ministerium vorgelegt werden, selbst zu prüfen sind. §. 24. Die Gemeinde des Ortes, wo die Handelskammer ihren Sitz hat, besorgt für ihre Rechnung zur Unterkunft der Kammer die nothwendigen Geschäftslocalitäten. — Wien am 3. October 1848. — Dieses wird in Folge Erlasses des k. k. Ministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 15. December d. J. Nr. 660 J. H. M. allgemein bekannt gemacht. — Vom k. k. illyrischen Landes-Präsidium. Laibach am 25. December 1848.

Leopold Graf v. Welfersheim,  
Landes-Gouverneur.

### R a z g l a s.

C. k. ministerstvo kupčijstva in očitnih del je spoznavši potrebnost kmalne naprave kupčijstvinih kamer v vsih mestih cesarstva, kjer so z obširno obertniško in kupčijstvinu delavnostjo pogojene, naslednje provizorno postavo zastran naprave kupčijstvinih kamer dati sklenilo, ktero ima tako dolgo v veljavnosti ostati, de bo posebna postava kupčijstvinih kamer dana.

### Provizorna postava za napravo kupčijstvinih kamer.

Ministerstvo je po posvetovanju pri vseh potrebosti na Dunaju in v večih glavnih mestih pred ko pred kupčijstvine kamre napraviti in naslednje pravila dati sklenilo, ktere imajo toliko časa veljati, de visoki deržavni zbor postavo kupčijstvinih kamer dá. — Naprava kupčijstvinih kamer. §. 1. Kupčijstvine kamre v njih nesredstvinim podložitvu pod ministerstvom za kupčijstvo, obertništvo in očitno zidarstvo se imajo v vsih mestih cesarstva napraviti, kjer se zavoljo obširniga obertništva in kupčijstva potrebne kažejo. — Njih namen. §. 2. Kupčijstvine kamre, kot posvetovavne naprave, imajo sploh namen: Zastran želja in nasvetov v obertniških in kupčijskih rečeh se posvetovati in po prejetim ukazu ali pa tudi brez tega, svoje misli in mnenje za ohranjenje in množenje obertniške pridnosti in kupčijstva gospóskam na znanje dati. — §. 3. Njih opravila so posebno: a) Nasveti v zboljšanje kupčijstvinih in obertništvinih postav; b) nasveti pomočkov za množenje in oživljenje obertnosti in kupčijstva, in za odpravljenje napótkov, ki nju napredovanje ovirajo; c) odrajtovanje naznanil in spiskov gospóskam zastran reči, ki kupčijstvo in obertnost zadévaajo; d) izde

lovanje razkazov zastran stanú vesoljne obertnosti in oseb, ki so pri nji deležni; e) pripomaganje pri obravnavi colne tarife; f) nasveti pri izvoljenju konzulov, kupčijskih agentov in mešetarjev, kakor tudi k napravljenu konzulatov, bors in očitnih naprav, ki kupčijstvo in obertnost zadéjajo; g) odrajtovanje misel zastran mešetarij in družih stroškov sa očitne osebe, ki so v prid obertnosti in kupčijstva kjé v službi; h) opravičenje, se po dopisih z gospóskami in družimi kupčijstvinimi kamrami zastran zboljševanju v obertnijskih in kupčijstvih zadevah v zvezo postaviti; i) dolžnost prevzeti, narpozneje v méscu sušcu vsaciga léta obširn spisek zastran stanú in téka obertnosti in kupčijstva pretečeniga léta ministerstvu kupčijstva naznanje dati. — §. 4. Kupčijstvine kamre se imajo zastran novih postav in ukazov v obertnijskih in kupčijskih zadevah, préden se dajo, ali obstoječe bistveno prenarédé, za svet prašati. — Stevilo in lastnosti udov. §. 5. Vsaka kupčijstvinina kamra ima s predsédnikam vred ne menj ko iz 9 in ne več ko iz 21 udov obstati. Ministerstvo določi po naznanjenju mesta, v katerim se imajo kupčijstvine kamre napraviti, število udov. — §. 6. Ud kupčijstvih kamer zna vsak zvoljen biti, ki je v obertnijskih in kupčijskih vednostih izuren, ki je 24 lét star in v okrožju kupčijstvine kamre prebiva. Dve tretjini udov morate pa kako obertnijsko ali kupčijsko opravilo na svoje roke počenjati. — §. 7. Kdor se po sójnim sklepu svojih deržavlanskih pravic ne sme svobodno poslužiti ali svoje prebivališče iz okrožja, v katerim ima pravico zvoljen biti, prestavi, neha ud kupčijstvine kamre biti. — Poklicanje udov. §. 8. Udje se v kupčijstvinino kamro po volitvi pokličejo. — §. 9. Udje se volijo na tri léta. Vsako léto stopi 31. grudna ena tretjina po lozu iz kamre. Tistih udov, ki so bili pri napravi kupčijstvih kamer zvoljeni, ima izjemama perva tretjina s koncam družiga léta odstopiti. — §. 10. Izstopivši udje se znajo še le čes eno léto zopet izvoliti. Brez uzroka se ne sme nihče perve volitve, ki ga zadéne, braniti. Ali uzroki za branjenje volitve kakiga prevdarjenja potrebujejo, rzsodi kupčijstvinina kamera, ktera je z dvema tretjinama postavodajna. — §. 11. Pri napravi kupčijstvine kamre v glavnim in stolnim mestu Dunaju imajo vsi pri zdoljno avstrijskim kupčijstvinim in menjavnim sodništvu zapisani obertniki in kupci pravico voljeni biti; kar pa mesta po deželah zadéne, ostane določba voljivosti obertnikam in kupcam okrožja prepušena, v katerim se ima kupčijstvinina kamra napraviti. Nasvet v tej reči se ima kupčijstvinimu ministerstvu poterediti dati. — §. 12. Gospóška ima volitev napraviti in povabilne pisma k volitvi opravičene k zboru na določen dan postati. Voli se z zapečatenimi volitnimi listi. Noben voljivec nima pravice, druge za glasodajnost pooblastiti. Pri volitvi razloči večina glasov. — §. 13. Poklicanje novih udov namest istopivših se godi ravno tako, kakor je v §. 11 pisano. — Predlóga spiskov udov. §. 14. Volitev in spisek zvoljenih udov kupčijstvine kamre se ima ministru kupčijstva predložiti. Iména zvoljenih se imajo po deželnih novicah razglasiti. — Volitev predsédnika. §. 15. Kupčijstvinina kamra zvoli za eno léto izmed svojih udov predsédnika in njegoviga namestnika. Deželni poglavár in mestni vodja sta častna uda kupčijstvine kamre in imata, če v posvetovajoči zbor prideta, sedež in glas. — Izvoljba tajnika in pomagačev. §. 16. Vsaka kupčijstvinina kamra izvoli tajnika, ki je za oskerbljenje pisarij plačan, in potrebne pomagače. — Zbóri. §. 17. Zbóri kupčijstvine kamre so redovni in neredovni. Redovni zbóri se imajo vsaj vsak mesec dvakrat v poprej odločenih dnevih, neredovni pa, kadar jih predsédniki pokličejo, napraviti. — §. 18. De se kaj sklene, mora vsaj polovica udov v zboru pridejoča biti. Sklepa se po večini glasov, predsédnik rzsodi enakost glasov. — §. 19. Za vsako posvetovanje se ima protokol pisati. — Red opravil. §. 20. Vsaka kupčijstvinina kamra določi sama svoj opravi-

vilni red. Opravilni red kakor vsaka bistvena prenarédba njega se ima ministru kupčijstva predložiti. — Stroški. §. 21. Potrebni stroškov za kupčijstvinino kamro ima tretjino srejna ali soséska, v kateri jo kamra, tretjino dežela in tretjino deržava terpéti. — §. 22. Prevdark stroškov je vsako léto kupčijstvinimu ministerstvu v privoljenje predložiti. — §. 23. Kasa, ki se ima naznaniti, plačuje po navestenju kupčijstvine kamre, stori zavoljo plačil rajtenge, ktere ima kupčijstvinina kamra, preden se ministru predložé, sama preglédati. — §. 24. Soséska kraja, kjér ima kamra svoj sédež, oskerbi na svojo rajtengo potrebno opravilno poslopje. — Na Dunaji 3. kozaperska 1848. — To se da po ukazu c. k. ministerstva kupčijstva in očitnih del od 15. grudna 1848, št. 660/k. m., sploh na znanje. — Od c. k. ilirskiga deželnega predsedništva. V Ljubljani 25. grudna 1848.

Leopold graf Welsersheimb,  
deželni poglavár.

3. 37. (3) Nr. 29771.

#### R u n d m a c h u n g.

Es sind Klagen vorgekommen, daß die Domänen mit Berufung auf das allerhöchste Patent vom 7. September d. J. sich weigern, zur Beistellung des Schulbeheizungsholzes nach Vorschrift des §. 391 zu concurriren. — Nach §. 391 der Schulverfassung concurriren rücksichtlich der Beheizung der Schullocalitäten in der Regel: der Paton, das Dominium und die Gemeinde. Daß die Letztere ihren dießfälligen Beitrag zu leisten habe, versteht sich von selbst. Was die Domänen, als Patron und Grundobrigkeit, anbelangt, so dürfte vielleicht in Folge des citirten Patentes vom 7. September d. J. die bisherige Verpflichtung zur Beistellung des Schulholzes für sie aufgehören. Da jedoch darüber noch kein Gesetz erlassen ist und der Gegenstand keinen Aufschub zuläßt, so sind dieselben zu der bisherigen Leistung in dieser Hinsicht mit dem Beisatz zu verhalten, daß es ihnen frei steht, seiner Zeit von Demjenigen den Ersatz zu fordern, dem etwa in Zukunft diese Last aufgebürdet werden wird. — Diese vom hohen k. k. Unterrichts-Ministerium mit Erlaß vom 15. d. M., 3. 7873, herabgelangte Anordnung wird hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht. — Laibach am 28. December 1848.

Leopold Graf v. Welsersheimb,  
Landes-Gouverneur.

#### R a z g l a s p o g l a v á r s t v a.

Slišale so se tožbe, de se gruntne gospóške izgovarjaje se na narvikši patent od 7. kimovca t. l. branijo, h kurjavi šol po zapovedi §. 391 šolske uslove svoj del odrajtovati. — Po §. 391 šolske uslove imajo h kurjavi šol svoj del odrajtovati; patrón, gruntna gospóška in soséska. De ima soséska svoj del odrajtovati, se že tako ve. Kar pa gruntno gospóško kot patróna in gruntno gospóško utiče, bi vtegnila morde po imenovanim patentu od 7. kimovca t. l. dosadanja dolžnost šolske derva dajati, za njo nehati. Ker pa doslej zastran te reči še nobena postava ni dana in ta reč nikakoršniga odloga ne terpi, se imajo gruntne gospóške k odrajtovanju šolske kurjave s tem pristavkam priderževati, de je njihni volji prepušeno, o svojim času od tistiga odškodovanje terjati, komur bo prihodnje ta dolžnost naložena. — Ta od visociga c. k. ministerstva ukov s sklepam od 15. t. m. št. 7873 dana naprava se s tem sploh na znanje da — V Ljubljani 28. grudna 1848.

Leopold graf Welsersheimb,  
deželni poglavár.

3. 61. (2) Nr. 29996

#### C u r r e n d e

des k. k. illyrischen Guberniums. — Laut der mit hohem Ministerial-Erlasse des Innern vom 25. v. M., 3. 12221, herabgelangten Eröffnung des k. k. Justiz-Ministeriums vom 20. n. M., Zahl 115, haben Seine k. k. Majestät folgende allerhöchste Entschließung unterm 15. December v. J. zu erlassen geruht: „In Genehmigung der Anträge Meines Justizministers finde Ich die über

die Beziehung von politischen, cameralistischen und montanistischen Repräsentanten zu Urtheilsschöpfungen in Rechtsfachen geltenden Vorschriften außer Wirksamkeit zu setzen und zu verordnen, daß in allen Fällen, in welchen bisher das Einschreiten solcher Repräsentanten vorgezeichnet war, die Gerichtsbehörden ihre Erkenntnisse ohne Beziehung solcher Repräsentanten zu fällen haben, wodurch es von dem diesen Letzteren zustehenden Siftirungsrechte von selbst sein Abkommen erhält. Die gefällten und etwa sifirten richterlichen Erkenntnisse sind unverzüglich auszufertigen.“ Welche allerhöchste Entschließung hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird. Laibach am 3. Jänner 1849.

Leopold Graf v. Welsersheimb,  
Landesgouverneur.

3. 63. (2) Nr. 28819.

#### C u r r e n d e

des k. k. illyr. Guberniums — In Folge hohen Finanz-Ministerial-Erlasses vom 16. October v. J., Zahl 25231, wird hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß nach der bestehenden Vorschrift vom 31. Juli 1795, Zahl 1422, bei Behebung nicht siftemisirter, somit ein für alle Mal zu leistenden Ararial-Zahlungen die erhebende Partei nebst der Quittung auch die Anweisungs-Intimation in Einkunft bei den dießländigen Cameral-Cassen beizubringen hat. Laibach am 4 Jänner 1849.

Leopold Graf v. Welsersheimb,  
Landes-Gouverneur.

#### R a z g l a s

c. k. ilirskiga poglavárstva. — Po visokim ukazu denarstviniga ministerstva od 16. kozaperska pr. l. št. 25231 se s tem sploh na znanje da, de ima po obstoječi postavi od 31. maliga serpana 1795 št. 1422 tisti, kdor nevpraviljene, tadaj enkrat za vselej odrajtane cesarske (erarialne) plačila prejme, pri prejémbi razun pobotniga lista tudi opravičenjski list za prejémbo prihodnje pri tukajšni kameralni kasi sabo prinesti. — V Ljubljani 4. prosenca 1849.

Leopold graf Welsersheimb,  
deželni poglavár.

3. 62. (2) Nr. 29994.

#### C i r c u l a r e

des k. k. illyrischen Guberniums. — Um das politische Recht der freien Presse den Staatsbürgern unverkümmert zu erhalten, und nicht durch fortgesetzten Mißbrauch beim bessern Theile des Publikums um Ansehen und Theilnahme zu bringen, hat sich der Herr Minister des Innern laut hohen Erlasses vom 20. v. M., 3. 362, bestimmt gefunden, mittlerweile, bis dießfalls eine wirksame Abhilfe durch ein im verfassungsmäßigen Wege zu gewärtigendes Gesetz geschieht, folgende Anordnungen zu erlassen, um wenigstens in der äußern Form der Veröffentlichung die am meisten Aergerniß gebenden Uebergriffe abzustellen, und um den Behörden die Möglichkeit einzuräumen, die bisher bestehenden provisorischen Bestimmungen zu handhaben — 1) Das öffentliche Anschlaggen von Plakaten und Flugschriften, das Aushailen, Ausrufen und Verkaufen derselben an öffentlichen Orten und auf der Straße, so wie das Hausiren mit denselben ist für Jedermann unbedingt verboten. — Dieses Verbot bezieht sich jedoch nicht auf Ankündigungen rein örtlichen, oder gewerblichen Inhalts, als Theaterzettel, Ankündigungen von öffentlichen Lustbarkeiten, von Vermuthungen oder Verkäufen. — Es ist die Sache der Sicherheitsbehörde, die Orte zu bestimmen, an denen solche Veröffentlichungen angeschlagen werden dürfen. — 2) Uebertreter obigen Verbotes verfallen in eine Geldstrafe bis 100 fl oder im Falle der Zahlungsunfähigkeit in Arreste bis 14 Tagen, unbeschadet der aus dem Inhalte der Druckschrift allenfalls hervorgehenden Verantwortlichkeit. — Hierbei ist nicht nur der im verbotwidrigen Austragen oder Anschlaggen von Druckschriften unmittelbar Ergriffene, sondern auch derjenige, und zwar strenger zu strafen, der diese unerlaubte Verbreitung veranlaßte oder bestellte. Ueberdieß sind derlei Plakate sogleich abzunehmen, und zu vertilgen, so wie alle in unerlaubter Verbreitung ergriffenen Flugschriften und Plakate in Beschlag zu nehmen. — 3) Da

Anschlagen von Plakaten nicht politischen Inhalts an Orten, die hierzu von der Local-Sicherheitsbehörde nicht ausdrücklich bestimmt sind, wird mit einer Geldstrafe bis 25 fl. gestraft. — 4) Der Herausgeber, Verleger und der Redacteur einer Zeitung oder andern periodischen Schrift politischen Inhaltes sind zu verpflichten, von jedem Blatte oder Hefte, ehe noch die Austheilung und Versendung beginnt, ein Exemplar mit der eigenhändigen Unterschrift des Redacteurs und mit Angabe des Tages und der Stunde der Vorlage versehen, der Behörde zu überreichen. — Als Behörde, bei welcher diese Vorlage zu geschehen hat, wird von der Landesstelle in Laibach die k. k. Polizei-Direction, und in Klagenfurt das dortige k. k. Polizei-Commissariat, in andern Orten wird sie von dem betreffenden Kreisamte festgesetzt, welche entscheiden, falls sich mit den Redacturen eine Schwierigkeit über die Ausmittlung der Stunde der Ueberreichung ergeben sollte, wobei auf die Zeit der Beendigung des Druckes und des Abganges der Posten Rücksicht zu nehmen ist. — Die Austheilung und Versendung der Druckschrift soll durch diese Anordnung in keiner Weise aufgehalten oder verzögert werden. — 5) Bei Uebertretung dieser Vorschrift verfällt der Herausgeber oder Verleger und der Redacteur in eine Geldstrafe bis 100 fl. C. M. — Diese Anordnungen werden hiemit zur genauesten Darnachsicht bekannt gegeben. — Laibach am 3. Jänner 1849.

Leopold Graf v. Welsersheimb,  
Landes-Gouverneur.

#### R a z g l a s

c. k. ilirskiga poglavárstva. — De se politiška pravica svobodniga tiskarstva derzavljana čela ohrani, in de po neprenehani napéni rabi pri boljših ljudéh svoje imenitnosti in cene ne zgubi, je gospód minister notranjih oprav z visokim ukazam od 20. p. m. št. 362, za ta čas, dokler se v téj réci s postavo, ktera se ima po ustavi upati, popolnoma ne pomaga, téle postave dati naménit, de se vsaj po unanji obliki naznanjevanja nar bolj pohujšljive napáke odpravijo, in de se gosposkam mogoče stori, doslej obstoječe privizorne postave izgotovljati. — 1) Vsakim je oostro prepovedano, oglase in letéce pisma na očitnih krajih nabijati, jih med ljudstvo deliti, izklicovati in prodajati na očitnih krajih in na cestah, kakor tudi z njimi barantati. — Ta prepoved pa ne zadéva oznanovanja čisto poméstnih ali obertniških réci, kakor gledišnih listov, oznanovanja očitnih veselíc, vštandajáv ali dražb. — Varstvinim gosposkam gré, kraje določiti, na kterih se sméjo take oznanila nabijati. — 2) Kdor zoper gori imenovano prepoved greši, zapade kazni ali štrafingi do 100 geldinarjev, ali pa ječi do 14 dni, če nemore plačati, brez de bi mu za zapopadek natisnjeniga pisanja, če bi se kazalo, ne bilo treba odgovora dati. — Pri tem pa ni samo tisti, kteri prepovedane natisne raznaša in nabija in je pri tem opravilu ravno zasáčen, ampak tvdi tisti, in še ojustrejši kaznovati ali štrafati, kteri je dal priložnost k temu nepripušenimu razsirjanju ali ga je najel. Razun tega se imajo taki nabiti natiski koj odtergati in vkončati, kakor se imajo vse v nepripušenim razsirjanju vlovjene letéce pisma in nabitki preč pojemati. — 3. Nabitki nepolitiškiga zapopadka na krajih, kteri od mestne varstvine gosposke niso očitno dokazani, se imajo s denarji do 25 goldinarjev kaznovati. — 4) Izdajniku, založniku in vredovavcu (redaktérju) kakih novíc ali družig periodiskih pisaníc politiškiga zapopadka se ima dolžnost naložiti, od vsaciga lista ali zvézka, preden se začne razdeljevati ali razpošiljati, en natisek s last. naročnim pedpisam vredovavca in z naznanjenjem dné in ure izdatve gosposki predložiti. — Gosposka, kteri se ima predložiti; se postavi od dežel'niga poglavárstva v Ljubljani c. k. policijsko vodstvo in v Celovcu ondasna c. k. policijska komisija, za druge kraje jo zadéva kresija postavi; ta gosposka ima tudi razsodbo, ako bi se z vredovavcam kaka težava zastran naznanjenja ure predložítve pripétiti vtegnila; pri tém je pa na čas pledati, kadaj je natis končan in kadaj pošte gréjo. — Razpošiljanje in razdelitev natisnjenih réci se pa nima s to napravo nikakor zadrževati ali zapoznovati. — 5) Pregrešenje zoper to postavo naklóni izdajniku ali založniku in vredovavcu kazin v denarjih do 100 goldinarjev v dobrim denarju. — Ta ukaz se s tém na naznanje da, de se vsak natanjko po njem vavná. — V Ljubljani 3. prosénca 1849.

Leopold graf Welsersheimb,  
deželni poplavar.

3. 65. (2) Nr. 814.

#### K u n d m a c h u n g.

Der Jahrgang 1845 der illyrischen Provinzial-Gesetzsammlung, enthaltend die Gesetze und Verordnungen vom 1. Jänner bis letzten December 1845, ist so eben erschienen und bei der Subernial-Expedits-Direction in Laibach um den Preis von 1 fl. 30 kr. C. M. per Exemplar zu haben. Eben daselbst sind auch die Ergänzungsbände von den Jahren 1813, 1814, 1815, 1816, 1817 und 1818, so wie die Jahrgänge 1831, 1833, 1834, 1835, 1836, 1838, 1839, 1840, 1841, 1842, 1843 und 1844 um den gleichen Preis von 1 fl. 30 kr. per Exemplar, dann der Jahrgang 1837 der gedachten Gesetzsammlung um den Preis von 45 kr. C. M. per Exemplar zu bekommen. — Vom k. k. illyrischen Subernium Laibach am 3. Jänner 1849.

3. 64. (2) Nr. 31558, ad 176

#### E r l e d i g u n g

der Liquidatorsstelle bei dem k. k. Cameral- und Kriegszahlamte zu Linz. — Bei dem k. k. Prov. Cameral- und Kriegszahlamte zu Linz ist die Stelle eines Liquidators, mit einem jährlichen Gehalte von Siebenhundert C. M. W. W., in Erledigung gekommen, welche gegen baren Erlag oder hypothekarische Sicherstellung der damit verbundenen Caution von Eintausend Gulden Conv. Münze wieder besetzt werden wird. — Diejenigen, welche sich um diese Dienststelle zu bewerben Willens sind, haben ihre Gesuche, und zwar, soferne sie bereits in landesfürstlichen Diensten stehen, durch ihre vorgesetzten Behörden bis zum 3. Februar k. J. bei der k. k. ob-der-ennsischen Landesregierung zu überreichen. — Hierbei haben sich: a) alle Competenten über ihre Moralität, ihr Lebensalter, dann über ihre bisherige Laufbahn im öffentlichen Staatsdienste oder in Privatbedienstungen durch geeignete, im Original oder in beglaubigter Abschrift beizubringende Zeugnisse auszuweisen; b) legal und urkundlich nachzuweisen, daß sie die oben gedachte Caution pr. 1000 fl. C. M. alsogleich und noch vor Antritt des erwähnten Dienstpostens zu leisten vermögen; c) diejenigen Gesuchswerber, welche nicht bereits bei einer landesfürstl. Cassa angestellt sind, haben sich in Gemäßheit der hohen Hofkammer-Verordnungen vom 3. September und 17. December 1819, 3. 37344 und 52895, entweder auszuweisen, daß sie die vorgeschriebene cameralzahlämterliche Cassaprüfung binnen dem Verlaufe eines Jahres, von jetzt an zurückgerechnet, und nicht vor längerer Zeit bestanden haben, oder diese Prüfung zum Behufe der gegenwärtigen Competenz vor Ablauf des Concurstermines zu bestehen. — Das Amt, bei welchem diese Prüfung in dem einen oder dem andern Falle bestanden wurde, ist im Gesuche anzuführen, damit sich über den Erfolg desselben die nöthige Ueberzeugung verschafft werden könne; endlich d) haben die Competenten anzuführen, ob sie mit einem Individuum des Linzer Cameral- und Kriegszahlamtes verwandt oder verschwägert sind. — Von der k. k. ob-der-ennsischen Landesregierung. Linz am 23. December 1848.

#### Aemtlige Verlautbarungen.

3. 59. (2) Nr. 12099.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird bekannt gemacht: Es sey über Ansuchen der Maria Sedei, gebornen Perdan, dann der Johanna, Antonia, Maria, Franz, Valentin und Johann Doberlet, als Repräsentanten ihrer Mutter Ursula Doberlet, gebornen Perdan von Laibach, in die Einleitung der Todes-Erklärung ihrer, seit mehr als 30 Jahren abwesenden Schwester und respve. Tante, Anna Perdan, gebürtig von Laibach, in der Krakauer-Vorstadt sub Consc. Nr. 63, gewilliget, und Herr Dr. Blasius Dvjazh, Hof- und Gerichts-Advocat in Laibach, zu deren Curator bestimmt worden.

Die vorbenannte Anna Perdan wird daher aufgefordert, binnen Jahresfrist hieher zu erscheinen oder dieses Gericht, oder ihren Curator Dr. Dvjazh so gewiß binnen derselben Zeit in die Kenntniß ihres Lebens zu setzen, widrigens dieselbe für todt erklärt, und mit ihrer auf den Häusern sub Urb. Nr. 62 und 63 in der Krakau-Vorstadt intab. Erbschafts-Forderung pr. 150 fl. nach dem Gesetze verhandelt werden würde. Laibach am 30. December 1848.

3. 60. (2) Nr. 12110.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird bekannt gemacht: Es sey über Ansuchen des Herrn Johann Nep. Supantschitsch, Vormund der Maria Gillschen mind. Kinder, als erklärten Erben, zur Erforschung der Schuldenlast nach der am 4. December 1848 mit Hinterlassung einer letztwilligen Anordnung verstorbenen Handelsmanns-witwe Maria Gilli, die Tagsatzung auf den 5. Februar 1849, Vormittags um 9 Uhr, vor diesem k. k. Stadt- und Landrechte bestimmt worden, bei welcher alle Jene, welche an diesen Verlaß aus was immer für einem Rechtsgrunde Anspruch zu stellen vermeinen, solchen so gewiß anmelden und rechtsgeltend darthun sollen, widrigens sie die Folgen des §. 814 b. G. B. sich selbst zuzuschreiben haben werden.

Laibach, den 30. December 1848.

3. 67. (2) Nr. 12221.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird bekannt gemacht: Es sey über Ansuchen des Herrn Johann Breskvar, Vormund der mind. Johann und Anna Seitner, und des Herrn Johann Klager, gesetzlichen Vertreters seines mind. Kindes Johanna Klager, als erklärten Erben, zur Erforschung der Schuldenlast nach der am 1. September 1848 mit Hinterlassung eines Testaments verstorbenen Frau Maria Klager, verwitwet gewesenen Seitner, die Tagsatzung auf den 12. Februar 1849, Vormittags um 9 Uhr, vor diesem k. k. Stadt- und Landrechte bestimmt worden, bei welcher alle Jene, welche an diesen Verlaß aus was immer für einem Rechtsgrunde Anspruch zu stellen vermeinen, solchen so gewiß anmelden und rechtsgeltend darthun sollen, widrigens sie die Folgen des §. 814 b. G. B. sich selbst zuzuschreiben haben werden. — Laibach den 5. Jänner 1849.

3. 73. (2) Nr. 17057.

#### K u n d m a c h u n g

Am 30. und erforderlichen Falls auch am 31. Jänner 1849 Vor- und Nachmittags werden in der Amtskanzlei der Armenfondsherrschaft Landpreis nachbenannte herrschaftliche Fruchtvorräthe, Viehgattungen und Inventarial-Gegenstände gegen gleich baare Bezahlung im öffentlichen Versteigerungswege den Meistbietenden hintan gegeben werden, als: 1 Paar Ochsen per 140 fl.; 6 Stück Kühe, durchschnittlich à 25 fl., 150 fl.; 1 alter Stier 50 fl.; 2 Stück Dechseln, zweijährig, 45 fl.; 2 Kalbinnen, zweijährig, 40 fl.; 1 detto, einjährig, 15 fl.; 2 Pferde (Fuchs), 100 fl.; bei 150 Centner Heu und Stummet, à 45 kr., 112 fl. 30 kr.; bei 180 Mehen Forsthaber, à 1 fl., 180 fl.; bei 25 Mehen Heiden, à 2 fl., 50 fl.; bei 25 Mehen Kukuruz, à 2 fl. 20 kr., 58 fl. 20 kr.; bei 80 Dost. Eimer neuen Wein, à 3 fl., 210 fl.; für 700 Dost. Eimer haltende Fässer, im Verbände von 40 bis 20 Dost. Eimer haltend, à 30 kr., 350 fl.; 200 Pfund Spinnhaar, grobes, à 6 kr., 20 fl. — Die Kauflustigen werden hiermit eingeladen, sich an dem benannten Tage in der Amtskanzlei der Armenfondsherrschaft Landpreis einzufinden, bei welcher von nun an die zum Verkaufe bestimmten Gegenstände besichtigt und die Licitations-Bedingnisse ein-esehen werden können. — K. K. Kreisamt Neustadt am 25. December 1848.

3. 41. (2) Nr. 5658.

#### E d i c t.

Von dem gefertigten Bezirksgerichte wird hiermit kund gemacht: Es sey über Ansuchen des Ungreß Mešan von Laibach, als Cessionars des Georg Zorc, wider Sebastian Marinčić von Suica, die Reassumirung der mit dießgerichtlichem Bescheide vom 5. Juli d. J., 3. 2889 bewilligten und dann sistirten executiven Feilbietung der dem Executen gehörigen, zu Suica gelegenen, dem Gute Thurn an der Laibach unter Urb. Nr. 79 dienstbaren und gerichtlich auf 141 fl. C. M. geschätzten Kasse samt dem dabei befindlichen kleinen Garten bewilliget, und es seyen zu deren Vornahme 3 Feilbietungstagatzungen, nämlich auf den 8. Februar, 8. März und 12. April, allemal von 9 — 12 Uhr Vormittags in dem Orte der Pfandrealtät mit dem Besatze angeordnet worden, daß solche bei der dritten Feilbietungstagatzung auch unter dem Schätzungswerte hintan gegeben werde.

Der Grundbuchsextract, das Licitations-Protocoll und die Licitationsbedingungen kann Jedermann täglich in den vormittägigen Amtsstunden einsehen. K. K. Bezirksgericht Umgeb. Laibach am 15. Dec. 1848.